

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vowort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Erster Teil	
Grundlagen	1
I. Einleitung	1
A. Auf dem Weg ins digitale Panopticon?	1
B. Untersuchungsgegenstand und Aufbau der Arbeit	5
II. Entwicklungslinien in der Informations- und Kommunikationstechnologie.....	6
A. Digitalisierung.....	7
B. Miniaturisierung	10
C. Vernetzung.....	13
Zweiter Teil	
Der grundrechtliche Schutz der Privatsphäre	15
I. Historische Entwicklung der Privatsphäre und ihres rechtlichen Schutzes	15
II. Das Recht auf Achtung des Privatlebens (Art 8 EMRK)	23
A. Allgemeines	23
B. Privatheit als funktioneller Grundrechtsbegriff.....	25
C. Erscheinungsformen des Privatlebens	28
1. Schutz der physischen und psychischen Unversehrtheit – körperliche Integrität.....	30
2. Sexuelle Selbstbestimmung – Intimität.....	34
3. Definition der eigenen Persönlichkeit und des individuellen Lebensstils – Identität und Individualität	35
4. Schutz der sozialen Beziehung zu anderen Menschen – Interaktion	38
5. Schutz vor Erhebung, Verarbeitung und Speicherung personenbezogener Daten – informationelle Selbstbestimmung.....	39
6. Schutz des guten Rufes und der Ehre – Reputation.....	42
D. Sonstige Kriterien für die Umschreibung und Abgrenzung des privaten Lebens	49
1. Abgeschlossenheit gegenüber der Öffentlichkeit.....	49
2. Räumliche Kriterien	54
3. Vorhersehbarkeit des Eingriffes als Abgrenzungskriterium	54
4. Abgrenzung gegenüber dem Berufsleben.....	57
5. Resümee.....	59
E. Abgrenzung des Privatlebens von den übrigen Schutzbereichen des Art 8 EMRK.....	60
F. Die Rechtfertigung eines Grundrechtseingriffes	63
1. Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage	63
a. Existenz einer gesetzlichen Grundlage	64

	Seite
b. Zugänglichkeit der innerstaatlichen Regelung	65
c. Rechtsqualität der innerstaatlichen Regelung.....	66
2. Erfordernis eines zulässigen Zwecks.....	71
3. Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	75
a. Erfordernis einer demokratischen Gesellschaft.....	75
b. Vorliegen eines dringenden sozialen Bedürfnisses	77
c. Eignung und Erforderlichkeit	78
d. Verhältnismäßigkeit iES	79
G. Das Recht auf Achtung des Privatlebens	
als positive Handlungsverpflichtung.....	81
1. Positive Handlungspflichten aus Art 8 EMRK.....	81
2. Prüfung der Rechtmäßigkeit hinsichtlich	
positiver staatlicher Handlungspflichten	87
H. Grundrechtsverwirklichung im Privatrecht	92
I. Grundrechtsträger des Art 8 EMRK.....	95
1. Natürliche Personen	95
2. Juristische Personen	95
3. Einheitlichkeit oder Variabilität des Privatlebens?.....	100
III. Das Grundrecht auf Datenschutz.....	101
A. Allgemeines	101
B. Kernelemente des Grundrechts auf Datenschutz.....	103
1. Zum Begriffsverständnis des Rechts auf Datenschutz.....	103
2. Grundrechtsobjekt – der Begriff „personenbezogene Daten“	106
a. Angaben.....	108
b. Über Betroffene	112
c. Personenbezug der Daten	114
d. Aufzeichnung der Information auf einem Trägermedium	122
e. Form der Datenrepräsentation.....	125
3. Der Begriff „Daten, die ihrer Art nach besonders	
schutzwürdig sind“ bzw „sensible Daten“.....	126
a. Allgemeines.....	126
b. Kategorien sensibler Daten	132
4. Regelungsgegenstand – die Begriffe „automationsunterstützte	
Datenanwendung“ und „manuelle Dateien“	135
a. Automationsunterstützte Datenanwendung	135
b. Manuelle Dateien	137
5. Grundrechtsträger – der Begriff „Betroffener“	142
6. Grundrechtsverpflichteter – die Begriffe	
„Auftraggeber“ und „Dienstleister“	148
a. Auftraggeber	151
b. Dienstleister.....	154
C. Der Anspruch auf Geheimhaltung personenbezogener Daten.....	160
1. Schutzobjekt und Umfang des Anspruchs auf Geheimhaltung.....	160
a. Automationsunterstützt und manuell verarbeitete Daten	160
b. Ermitteln von Daten.....	163
c. Weitere Handhabung der Daten.....	165
d. Weitergabe und Offenlegung von Daten	165
2. Materielle rechtliche Voraussetzungen des Geheimhaltungsanspruchs	166
a. Allgemeine Verfügbarkeit.....	166

	Seite
b. Mangelnde Rückführbarkeit auf den Betroffenen	169
c. Sonstige Fälle schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen	169
d. Bezugnahme auf das Privat- und Familienleben.....	172
D. Die Ansprüche auf Auskunft, Richtigstellung und Löschung.....	173
1. „Nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen“	173
2. Auskunft.....	175
3. Richtigstellung	177
4. Löschung.....	178
5. Eingriffe in die Betroffenenrechte.....	179
E. Beschränkungen des Grundrechts auf Datenschutz.....	180
1. Lebenswichtige Interessen des Betroffenen	181
2. Zustimmung des Betroffenen.....	183
3. Eingriffe einer staatlichen Behörde wegen überwiegender berechtigter Interessen anderer	188
a. Zum Begriff der „staatlichen Behörde“	188
b. Berechtigte Interessen	190
c. Interessenabwägung, Verhältnismäßigkeit und gelindestes Mittel.....	191
d. Gesetzliche Grundlage.....	196
4. Eingriffe Privater wegen überwiegender berechtigter Interessen anderer.....	200
5. Beschränkung der Nebenrechte.....	203
6. Beschränkungen der Verwendung sensibler Daten	204
7. Die Übergangsbestimmung des § 61 Abs 4 DSGVO 2000.....	208
F. Zur Wirkung des Grundrechts auf Datenschutz zwischen Privaten.....	210
G. Resümee.....	212
IV. Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses und das Recht auf Achtung der Korrespondenz	214
A. Allgemeines	214
B. Sachlicher Schutzbereich	215
1. Fernmeldegeheimnis (Art 10a StGG)	215
2. Recht auf Achtung der Korrespondenz (Art 8 EMRK).....	222
C. Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis und den Schutz der Korrespondenz	224
1. Fernmeldegeheimnis (Art 10a StGG).....	224
2. Recht auf Achtung der Korrespondenz (Art 8 EMRK).....	228
D. Rechtfertigung eines Grundrechtseingriffes.....	229
E. Grundrechtsträger des Fernmeldegeheimnisses.....	232
F. Örtlicher Geltungsbereich.....	234
G. Positive Schutzpflichten	235
H. Resümee.....	236
V. Unionsrechtlicher Grundrechtsschutz	238
A. Entstehungsgeschichte der Europäischen Grundrechte-Charta	238
B. Anwendungsbereich und Adressaten der GRC.....	240
1. Unionsorgane, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union	240
2. Mitgliedstaaten bei der Durchführung des Unionsrechts	241
C. Das Verhältnis zwischen GRC und EMRK.....	243
D. Recht auf Achtung des Privatlebens.....	247
E. Grundrecht auf Datenschutz	248

XII Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Strukturelle Fragen	249
a. Verhältnis zu sonstigen Rechtsquellen der Union mit Datenschutzbezug	249
b. Sachlicher Geltungsbereich des Art 8 GRC	253
c. Verhältnis des Art 8 GRC zu Art 8 EMRK	254
d. Grundrechtsträger	256
2. Verarbeitungsschutz	260
3. Auskunfts-, Berichtigungs- und Lösungsanspruch	262
4. Schutzpflichten gegenüber privaten Datenverarbeitungen	264
5. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	265
a. Allgemeines	265
b. Einwilligung der betroffenen Person	266
c. Gesetzliche Grundlage, „dem Gemeinwohl dienende Zielsetzung“	267
d. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Achtung des Wesensgehalts	268
e. Treu und Glauben	269
6. Überwachung der Einhaltung des Datenschutzes durch eine unabhängige Stelle	269
F. Resümee	272
VI. Besondere Aspekte von Informationseingriffen	274
A. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Informationseingriff	275
1. Allgemeines	275
2. Beeinträchtigungswirkung von Informationseingriffen	279
a. Schutzwürdigkeit und Umfang der erfassten Informationen	280
b. Form der Datenverwendung	283
c. Zeitliches Element der Datenverwendung	285
d. Nicht intendierte Datengewinnung	286
3. Rechtfertigung von Informationseingriffen	288
a. Gewicht und Dringlichkeit des Allgemeininteresses	289
b. Verdachtsabhängige oder verdachtsunabhängige Datenerhebung	291
c. Ausgestaltung des Verfahrens	293
B. Informationseingriffe und effektiver Rechtsschutz	295
1. Das verfassungsrechtliche Erfordernis eines effektiven Rechtsschutzes	295
2. Effektiver Rechtsschutz gegen Datenverwendungen	298
3. Rechtsschutz gegen Datenermittlung im Verborgenen	299
4. Rechtsschutz gegen die Veröffentlichung von Daten mit Warncharakter	303
5. Beschwerdelegitimation gegen die gesetzliche Ermächtigung zur Vornahme von Informationseingriffen	306
C. Resümee	310
 Dritter Teil	
Privatsphärenschutz im Datenschutzrecht	313
I. Europarechtlicher Rechtsrahmen	313
A. Datenschutzkonvention des Europarates	313
B. Die RL 95/46/EG zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr	320
1. Entstehungsgeschichte, Kompetenzgrundlage und Harmonisierungsgrad	320
2. Anwendungsbereich der Richtlinie	326
3. Kernelemente der datenschutzrechtlichen Harmonisierung	330

	Seite
II. Kompetenzrechtliche Einordnung des Datenschutzes	333
A. Zuständigkeit zur Gesetzgebung	333
1. Angelegenheiten des Schutzes personenbezogener Daten	334
2. Datenschutz im automationsunterstützten Datenverkehr	336
3. Datenschutz außerhalb des automationsunterstützten Datenverkehrs	336
4. Abgrenzung der Regelungen des Datenschutz von materiengesetzlichen Datenverwendungsermächtigungen	337
B. Zuständigkeit zur Vollziehung	339
III. Sachlicher Anwendungsbereich des DSG 2000	343
A. Sachlicher Anwendungsbereich des DSG 2000 (idStF) und der Landes-DatenschutzG	343
B. Regelung des sachlichen Anwendungsbereichs nach der DSG-Novelle 2010	346
IV. Örtlicher Anwendungsbereich des DSG 2000	349
V. Die Zulässigkeit der Verwendung von Daten	352
A. Bedeutung und Überblick über die Regelungssystematik	352
B. Grundsätze der Datenverwendung	354
1. Treu und Glauben und rechtmäßige Verwendung	355
2. Zweckbindungsgrundsatz, Grundsatz der Wesentlichkeit und Pflicht zur Datenlöschung	358
3. Sachliche Richtigkeit und Aktualität	361
C. Zulässigkeitskriterien für die Verwendung von Daten	362
1. Berechtigung des Auftraggebers	363
2. Keine Verletzung schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen	365
a. Schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen bei der Verwendung nicht sensibler Daten	366
(1) Gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung zur Datenverwendung	367
(2) Zustimmung des Betroffenen	369
(3) Datenverwendung zur Wahrung lebenswichtiger Interessen des Betroffenen	370
(4) Weiterverwendung zulässigerweise veröffentlichter Daten	371
(5) Verwendung indirekt personenbezogener Daten	373
(6) Überwiegend berechnigte Interessen des Auftraggebers oder eines Dritten	374
(a) Datenverwendung als wesentliche Voraussetzung für die Wahrnehmung gesetzlich übertragener Aufgaben	376
(b) Datenverwendung im Rahmen der Amtshilfe	379
(c) Datenverwendung zur Wahrung lebenswichtiger Interessen eines Dritten	381
(d) Datenverwendung zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen	381
(e) Datenverwendung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen	382
(f) Verwendung von Daten betreffend die Ausübung einer öffentlichen Funktion	384
(g) Verwendung von Daten im Katastrophenfall	385
b. Schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen bei der Verwendung strafrechtsrelevanter Daten	386
(1) Begriff der strafrechtsrelevanten Daten und das Verhältnis zu sensiblen Daten	387

XIV Inhaltsverzeichnis

	Seite
(2) Gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung zur Datenverwendung...	389
(3) Datenverwendung als wesentliche Voraussetzung für die Wahrnehmung gesetzlich übertragener Aufgaben	390
(4) Datenverwendung wegen gesetzlicher Sorgfaltspflichten oder berechtigter Interessen des Auftraggebers	391
(5) Datenweitergabe zum Zweck der Erstattung einer Anzeige	392
(6) Sonstige Fälle der zulässigen Verwendung strafrechtsrelevanter Daten.....	393
c. Schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen bei der Verwendung sensibler Daten.....	394
(1) Verwendung von Daten, die der Betroffene offenkundig selbst öffentlich gemacht hat.....	395
(2) Verwendung indirekt personenbezogener Daten.....	396
(3) Gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung zur Datenverwendung zur Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen.....	397
(4) Datenverwendung im Rahmen der Amtshilfe.....	399
(5) Verwendung von Daten über die Ausübung einer öffentlichen Funktion	400
(6) Ausdrückliche Zustimmung des Betroffenen	400
(7) Datenverwendung zur Wahrung lebenswichtiger Interessen des Betroffenen.....	401
(8) Datenverwendung zur Wahrung lebenswichtiger Interessen eines anderen.....	402
(9) Datenverwendung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen	402
(10) Datenverwendung für private Zwecke, für wissenschaftliche Forschung oder Statistik, zur Benachrichtigung des Betroffenen oder im Katastrophenfall.....	404
(11) Datenverwendung, um Rechten und Pflichten auf dem Gebiet des Arbeits- oder Dienstrechts Rechnung zu tragen.....	404
(12) Datenverwendung zum Zweck der Gesundheitsvorsorge, der medizinischen Diagnostik, der Gesundheitsversorgung oder -behandlung oder für die Verwaltung von Gesundheitsdiensten.....	408
(13) Datenverwendung durch Vereinigungen mit politischem, philosophischem, religiösem oder gewerkschaftlichem Tätigkeitszweck ...	409
3. Erforderliches Ausmaß und gelindestes Mittel.....	411
VI. Die Zulässigkeit der Übermittlung von Daten.....	412
A. Der Begriff der Datenübermittlung.....	412
B. Zulässigkeitskriterien für die Übermittlung personenbezogener Daten	414
1. Daten aus einer zulässigen Datenanwendung.....	415
2. Glaubhaftmachung der Berechtigung des Empfängers	415
3. Keine Verletzung schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen	416
4. Zulässigkeit der Datenveröffentlichung.....	417
VII. Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und Sicherheit der Datenverarbeitung.....	423
A. Datensicherheitsmaßnahmen	424
1. Begriff, Regelungsgehalt und Ziele	424
2. Geltungsbereich und Verpflichtete	425
3. Inhalt der Datensicherheitsmaßnahmen.....	425
4. Verhältnismäßigkeit und Zumutbarkeit	431
B. Datengeheimnis	432

	Seite
1. Inhalt des Datengeheimnisses.....	432
2. Personeller Verpflichtetenkreis.....	434
3. Weigerungsrecht gegen rechtswidrige Übermittlungsanordnungen.....	435
VIII. Datenschutzrechtliche Betroffenenrechte.....	436
A. Recht auf Auskunft.....	438
1. Gegenstand des Auskunftsrechts.....	438
a. Zur Person des Betroffenen verarbeitete Daten.....	438
b. Informationen über die Herkunft der Daten.....	440
c. Empfänger oder Empfängerkreise von Übermittlungen.....	441
d. Zweck der Datenverwendung.....	443
e. Rechtsgrundlagen der Datenverwendung.....	443
f. Allenfalls beauftragte Dienstleister.....	444
2. Beschränkungen des Auskunftsrechts.....	444
a. Beschränkung des Auskunftsrechts zum Schutz des Betroffenen aus besonderen Gründen.....	445
b. Beschränkung des Auskunftsrechts zum Schutz der Interessen des Auftraggebers oder Dritter.....	446
c. Beschränkung des Auskunftsrechts zum Schutz öffentlicher Interessen....	448
d. Rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme.....	449
3. Verfahrensrechtliche Geltendmachung.....	450
a. Auskunftsbegehren.....	450
b. Identitätsnachweis in geeigneter Form.....	453
c. Mitwirkungspflicht des Auskunftswerbers.....	455
d. Auskunftserteilung.....	456
e. Antwortpflichten des Auftraggebers.....	457
f. Kosten der Auskunftserteilung.....	459
g. Lösungsverbot bei Auskunftersuchen.....	461
h. Auskunftsrecht hinsichtlich öffentlicher Register.....	461
B. Recht auf Richtigstellung und Löschung.....	462
1. Inhalt des Rechts auf Richtigstellung.....	462
2. Inhalt des Rechts auf Löschung.....	463
3. Richtigstellung und Löschung aus eigenem.....	466
4. Richtigstellung auf Antrag des Betroffenen.....	467
5. Ausschlussgründe.....	468
6. Berichtigung und Löschung bei öffentlichen Geheimhaltungsinteressen.....	470
7. Sperre und berichtigende Anmerkungen.....	470
8. Bestreitungsvermerk.....	471
9. Nachträgliche Verständigungspflicht.....	473
C. Widerspruchsrecht.....	474
1. Widerspruchsrecht wegen spezifischer Geheimhaltungsinteressen eines Betroffenen.....	475
2. Allgemeines Widerspruchsrecht gegen öffentlich zugängliche Datenanwendungen.....	477
3. Verfassungs- und unionsrechtliche Beurteilung des Widerspruchsrechts nach § 28 Abs 2 DSGVO.....	481
4. Verfahrensrechtliche Geltendmachung.....	485
IX. Besondere Verwendungsarten von Daten.....	487
A. Automatisierte Einzelentscheidungen.....	487

	Seite
1. Zweck der Regelung	487
2. Ausschließlich automationsunterstützte Entscheidungen	488
3. Bewertung einzelner Persönlichkeitsaspekte	488
4. Rechtliche Folgen oder erhebliche Beeinträchtigung	489
5. Ausnahmetatbestände	490
a. Ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung	490
b. Begünstigende Entscheidung	491
c. Wahrung berechtigter Interessen	492
6. Besonderes Auskunftsrecht des Betroffenen	492
7. Praktische Bedeutung des Verbots automatisierter Einzelentscheidungen	494
B. Informationsverbundsysteme	494
1. Begriff und besonderes Risikopotential	494
2. Zulässigkeit der Datenverwendung in Informationssystemen	495
3. Betreiber des Informationsverbundsystems	496
4. Ausübung der Betroffenenrechte gegenüber Informationsverbundsystemen	497
C. Videoüberwachung	498
1. Rechtslage vor der DSGVO-Novelle 2010	498
2. Regelungsgegenstand des Abschnitts 9a. und Definition der Videoüberwachung	502
3. Relevanz von Kontroll- und besonderen Verwendungszwecken	505
4. Zulässigkeit der Videoüberwachung	506
a. Anwendung der allgemeinen datenschutzrechtlichen Grundsätze	507
b. Taxative Aufzählung zulässiger Zwecke der Videoüberwachung	508
c. Keine Verletzung schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen	510
5. Verbotstatbestände	514
a. Höchstpersönlicher Lebensbereich	514
b. Mitarbeiterkontrolle	515
c. Verhältnis der Verbotstatbestände zu § 50a Abs 3 DSGVO 2000	517
6. Auswertung, Übermittlung und Speicherung der gewonnenen Bilddaten	517
a. Anlassbezogene Verwendung der Bilddaten durch den Auftraggeber	518
b. Übermittlung von Daten zu Zufallstreffern	518
c. Zugriff von Gerichten und Behörden auf Bilddaten einer Videoüberwachung	520
7. Besondere Schutzgarantien	522
a. Verbot bestimmter Verwendungsformen der ermittelten Bilddaten	522
b. Protokollierungs- und Löschungspflicht	523
c. Kennzeichnungspflicht	525
8. Auskunftsrecht	526
a. Spruchpraxis vor der DSGVO-Novelle 2010	526
b. Neuregelung der Auskunftspflicht in § 50e DSGVO 2000	527
c. Spruchpraxis nach der DSGVO-Novelle 2010	530
X. Rechtsschutz im Datenschutzrecht	532
A. Allgemeines	532
B. Die Datenschutzbehörde (DSB)	534
1. Rechtslage vor der DSGVO-Novelle 2013	534
2. Weisungsfreiheit und vollständige Unabhängigkeit der DSK	536
3. Auflösung der DSK und Errichtung der DSB	541

	Seite
C. Kontrollbefugnisse der DSB.....	544
1. Kontrollverfahren infolge einer Eingabe eines Betroffenen.....	545
2. Befugnis zur Überprüfung von Datenanwendungen.....	546
3. Empfehlungen der DSB.....	547
4. Untersagung einer Datenanwendung.....	549
D. Beschwerde an die DSB.....	551
1. Beschwerdegegenstand.....	551
a. Datenanwendung im öffentlichen und privaten Bereich.....	551
b. Abgrenzung zur Gerichtsbarkeit.....	553
c. Abgrenzung zur Gesetzgebung.....	556
d. Beschwerdefähige Rechtsverletzungen.....	558
2. Formerfordernisse der Beschwerde.....	560
3. Beschwerdeverfahren.....	562
4. Form und Rechtswirkungen der Entscheidung.....	562
5. Rechtsschutz gegen Bescheide der DSB.....	564
6. Klaglosstellung des Beschwerdeführers.....	566
7. Begleitende Kontrollmaßnahmen.....	567
E. Rechtsschutz durch ordentliche Gerichte.....	567
1. Gerichtszuständigkeit.....	567
2. Einstweilige Verfügung.....	568
3. Rolle der DSB im gerichtlichen Rechtsschutzverfahren.....	568
4. Anspruch auf Schadenersatz.....	570
F. Gemeinsame Verjährungsbestimmungen.....	572
G. Rechtsschutz gegen Datenverwendungen in Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit.....	573
1. Auskunfts-, Richtigstellungs- und Löschungsrecht.....	574
2. Feststellung der Rechtsverletzung.....	575
3. Verfahrensrecht.....	577
 Vierter Teil	
Strategien zur Modernisierung des Datenschutzrechts.....	579
I. Neue Herausforderungen erfordern eine Modernisierung des Datenschutzrechts.....	579
II. Notwendige Modernisierungsschritte.....	581
A. Nationale Datenschutzregelungen sind überholt.....	581
B. Ein modernes Verständnis von Zweckbindung und Datensparsamkeit.....	583
C. Keine datenschutzrechtliche Zustimmung ohne faktische Entscheidungsfreiheit.....	585
D. Transparenz hinsichtlich der Bewertungsparameter automatisierter Persönlichkeitsanalysen.....	587
E. Datenschutz durch Technik.....	589
F. Abkehr vom überwiegend individuell ausgerichteten Rechtsschutz.....	590
G. Resümee.....	592
Literaturverzeichnis.....	593